

## Große Streiks im ersten Halbjahr

Das erste Halbjahr 2015 war sehr streikfreudig: Allein in den ersten sechs Monaten des Jahres haben die Beschäftigten in Deutschland sechsmal so oft die Arbeit niedergelegt wie im letzten Jahr. Vor allem der Post-Streik sowie der Streik bei den Sozial- und Erziehungsdiensten hat den Anstieg verursacht und ließ die Zahl der Ausfalltage in die Höhe schnellen. Ein Großteil der Streiks – rund 80% wurden von ver.di organisiert. In diesem Jahr gab es besonders scharfe Auseinandersetzungen um grundsätzliche Eingruppierungsfragen (Aufwertung der Sozial- und Erziehungsdienste) und Ausgliederungen verbunden mit Absenkung der Tarife (Post).

### Starke Bewegung – schwaches Ergebnis Zur Schlichtungsempfehlung bei der Aufwertungsrunde der Sozial- und Erziehungsdienste

Seid Anfang April haben die in den Sozial- und Erziehungsdiensten Beschäftigten die Öffentlichkeit mit ihren Aktionen in der Aufwertungskampagne in Atem gehalten. Sie haben es geschafft, für ihr Anliegen, sowohl eine bessere gesellschaftliche Anerkennung als auch eine bessere Bezahlung durchzusetzen, eine breite öffentliche Unterstützung zu gewinnen. Selbst in der unbefristeten Streikphase von Mitte Mai bis Mitte Juni kippte die Stimmung in der Öffentlichkeit nicht. Es wurde zwar viel über die Nöte der Eltern, die sich eine alternative Betreuung für ihren Nachwuchs organisieren mussten, gesprochen und geschrieben. Aber die Berichte der notleidenden Eltern waren oft an den Haaren herbei gezogen. Vielfach unterstützten die Eltern die Forderungen der Beschäftigten und organisierten häufig eine gemeinsame Betreuung für ihre Kinder. Das war anders als vor 6 Jahren, wo den Erzieherinnen und den wenigen Erziehern ein teils eisiger Wind entgegen blies.

Und auch ihre Forderung nach durchschnittlich 10% Einkommenserhöhung wurde in der Öffentlichkeit als berechtigt angesehen. Allerdings sperrte sich der kommunale Arbeitgeberverband (VKA) weitgehend, überhaupt über die Forderungen von ver.di, GEW und DBB zu diskutieren und war nur bereit, über - nach ihrer Ansicht besonders belastete Beschäftigtengruppen - zu sprechen. Dies galt insbesondere für KITA -Leitungen und für Beschäftigte mit besonderen Aufgaben.



Nach 4 Wochen Streik, nachdem sie erkannt hatten, dass die gesellschaftliche Unterstützung nicht bröckelte, rief der VKA Anfang Juni einseitig die Schlichtung an. Nach dem Schlichtungsabkommen braucht nur eine Seite die Schlichtung anzurufen, um damit gleichzeitig auch die Streiks beenden zu

können. Nach einer zweiwöchigen Schlichtungsphase verkündeten die beiden Schlichter Schmalstieg und Milbradt ein Ergebnis, das sicherlich nicht als Aufwertung bezeichnet werden kann. Im Durchschnitt gab es nur Erhöhungen von 3,4 %. Allerdings gab es hierbei deutliche Unterschiede: alle KITA-Leitungen sollten ihr Einkommen überdurchschnittlich erhöht bekommen, während viele Beschäftigte mit Erhöhungen zwischen 1 – 3 % abgespeist werden sollten. Offensichtlich waren die Vertreter des Bundesvorstandes von ver.di bereit, dieses Ergebnis zu akzeptieren. Da aber die Basis sich inzwischen weitgehende Rechte erstritten hatte, so werden die Strategie zu einer Tarifrunde und deren Umsetzung sowie Ergebnisse in Delegiertenversammlungen diskutiert und beschlossen, musste das Ergebnis auf einer bundesweiten Delegiertenversammlung Ende Juni besprochen werden. Hierbei kam es zu einer fast hundertprozentigen Ablehnung der Schlichtungsempfehlung. Aber nicht nur die wenig attraktiven Einkommenserhöhungen, sondern auch die lange Laufzeit von 5 Jahren wurden von den Delegierten eindeutig abgelehnt. Daraufhin wurde beschlossen, eine mehrwöchige Mitgliederbefragung durchzuführen, um deren Meinung einzuholen.

Diese soll Anfang August abgeschlossen sein und auf dieser Grundlage soll es am 3. August noch einmal zu Verhandlungen mit dem VKA kommen. Sollte es hierbei zu keinen substantiellen Verbesserungen kommen, könnte es sein, dass die Aufwertungskampagne im Herbst fortgesetzt wird.

**Helmut Born, verdi Linke**

### Gemeinsamer Kongress mehrerer Organisationen zu Streikrecht und Union-Busting am 7. und 8. November in Kassel, Bürgerhaus Harleshausen

- Welche Einschränkungen gewerkschaftlicher Aktionsfreiheit drohen? Wie müssen sich die Gewerkschaften hiergegen positionieren und was können wir dafür tun, dass die Gewerkschaften sich aktiv gegen diese Bestrebungen zur Wehr setzen und breit mobilisieren?
- Welche Tendenzen des Union Busting (Bossing, BR-Mobbing usw.) erleben wir in den Betrieben und wie kann hier eine Verallgemeinerung der Gegenwehr (mittels intensivem Austausch und besserer Vernetzung) gefördert werden?

**Weitere Infos auf S. 4**

# Tarifabschluss bei der Post - Schwere Niederlage

**Nach einem 4 Wochen langen Streik der PostlerInnen schlossen die Deutsche Post AG und die Gewerkschaft Ver.di einen Vertrag, der als Sicherung und Perspektive verkauft wird. Die Realität ist anders. Gefordert waren 5,5 %, herausgekommen sind 400 € für dieses Jahr einmalig, 2 % im Oktober 2016 und weitere 1,7 % noch ein Jahr später. Die geforderte Arbeitszeitverkürzung gibt's nicht, die – vertragswidrig – ausgliederten Bereiche wurden nicht zurückgeholt.**

Vier Wochen haben die Streikenden gekämpft, haben rund um die Uhr Streikposten gestanden, haben sich Infrastruktur und Kommunikation aufgebaut, haben den miesen Angriffen der Kapitaleseite standgehalten, mussten Beleidigung, Verleumdung, Erpressung und Einschüchterung ertragen und haben trotzdem Tag für Tag neue KollegInnen in den Streik geholt, Schwankende überzeugt. Die KollegInnen haben vielerorts Streikbruch verhindert, den der eigenen KollegInnen, von StudentInnen, SchülerInnen, den von TagelöhnerInnen, die die Post angekarrt hat. Sie bekämpften auch den Streikbruch, den die Regierungspräsidenten einzelner Bundesländer zu verantworten haben, die die Sonntagsarbeit der Post genehmigten.

32.500 KollegInnen haben sich 20 Jahre nach dem letzten Vollstreik der Post komplett neu organisiert, zum Teil völlig desolate Strukturen überwunden, Streikversammlungen abgehalten, und haben ihre KundInnen von der Rechtmäßigkeit ihrer Forderungen überzeugt.

## Rückhalt in der Bevölkerung gut

Und obwohl die Verteilung der Post an vielen Stellen völlig zusammengebrochen ist und vielerorts nicht ein Brief oder Paket mehr ankam, war der Rückhalt in der Bevölkerung laut einer Umfrage auch einen Tag vor den Verhandlungen noch bei 63%. Die Postaktie sank und mit ihr Image und Prestige des weltgrößten Logistikkonzerns, und es war öffentlich klar, dass der Konzern seine Beschäftigten für immer neue Gewinnziele immer brutaler ausquetschen will.



Dieser gemeinsame Kampf der PostlerInnen wird mit dem Abschluss weggeschmissen, Enttäuschung und Frustration wurden gerade bei den Engagiertesten erzeugt.

War das nur Unvermögen der Spitze von Ver.di einschließlich mancher BetriebsrätInnen? Wir meinen: Nein, die Gewerkschaftsspitze wollte es nicht anders. Die Signale aus Berlin waren nie auf Sieg gerichtet, im Grunde zwang der Konzern der Gewerkschaft den Streik auf, in dem er das letzte Angebot – obwohl auch schon eine Unterwerfung – ablehnte. Deshalb wurde der Arbeitskampf unter Umgehung einer Urabstimmung begonnen und brauchte am Ende auch keine Urabstimmung, um beendet zu werden.

Das Ergebnis liegt auf der Linie der letzten zwanzig Jahre: Die Post darf die Strukturen weiter zulasten der Belegschaft ändern, lediglich die alten Arbeitsverhältnisse werden schlecht und recht abgesichert. Aber mit diesem Kurs haben die Vorläufergewerkschaft DPG und jetzt Ver.di den Vorstand so stark und frech gemacht, dass er sich traut, die Verein-

barungen zu brechen. Die KollegInnen wurden so schwach gemacht, dass sie erst wieder lernen mussten zu kämpfen. Das wurde jetzt auch noch verschenkt.

## Erfolge hätten weit über Post hinaus gewirkt

Denn gerade im Logistik-Sektor Rückgrat zu zeigen, hätte Auswirkungen weit über die Post hinaus gehabt. Nun ist das Umgekehrte der Fall.

Nochmal genauer zum Ergebnis: Sicherheit und Perspektive werden versprochen, doch für wen? Für die mittlerweile 6.500 Delivery-KollegInnen jedenfalls nicht. Die bleiben aus dem Haustarif der Post draußen. Übrigens wurde dadurch bekannt, dass 26.000 Befristete aufgebaut wurden, die perfekt eingearbeitet in die Delivery wechseln mussten. Das wirft ein Licht auf die Betriebsräte, die jeder befristeten Einstellung zugestimmt haben. Die noch verbliebenen 7650 DHL-KollegInnen bleiben „individualrechtlich“ im Haustarif, d.h. nichts anderes, als dass jeder durch Fluktuation freiwerdende Bezirk zur Delivery geht. Am Ende ist die komplette Paketzustellung bei DHL-Delivery und im Logistiktarif.

## Abkopplung von allgemeiner Lohnentwicklung

Befristete, die seit zwei Jahren ohne Unterbrechung im Konzern sind, kommen bei „Eignung“ in die „Mutter“. Warum nicht alle? Kein Befristeter, der sich in 2 Jahren bei der Post durchboxen muss, ist ungeeignet. Bezüglich Lohnhöhe bedeutet der Abschluss Reallohnverlust in diesem Jahr, im nächsten und weiteren im Jahr darauf. **Bei einem Unternehmen, das Jahr für Jahr milliardenschwere Gewinne einfährt!** Das bedeutet nichts anderes als eine Abkopplung von der Lohnentwicklung in anderen Branchen, einen Schritt weiter in den Niedriglohn für die KollegInnen, die ohne Besitzstand sind, und für alle, die nachkommen. Die Laufzeit beträgt 32 Monate. Vorher ist Friedenspflicht, egal welche Schweinerei aus dem Konzern kommt.

## Forderung nach der 36-Stunden-Woche

Arbeitszeitverkürzung hätte endlich Entlastung in diesem Stress-Job bedeutet. Zweitens wäre sie nur gerecht, weil die Post den Ausgliederungsschutz gebrochen hat. Drittens hätte Arbeitszeitverkürzung Arbeitsplätze geschaffen.

Wir müssen Konsequenzen für die Zukunft ziehen: Die Politik des Gewerkschafts- und Betriebsräte-Apparates verbleibt auf der Linie der letzten 20 Jahre, die Privatisierung, Ausgliederung und Niedriglohn gebracht hat und jetzt den Ausverkauf des Streiks.

Von dieser Linie werden die nicht freiwillig abgehen. Deshalb darf der Unmut diesmal nicht ins Leere verlaufen.

Wir müssen eine Alternative zur Politik der Begleitung des Niedergangs entwickeln und in der Gewerkschaft durchsetzen. Eine Alternative, die auf Kampf gegen das Kapital setzt und auf Solidarität innerhalb der Post und mit allen anderen kämpferischen Belegschaften.

Das wird auf Widerstand des Managements und Teile des Gewerkschaftsapparates treffen. Deshalb müssen wir einerseits geschickt vorgehen, aber andererseits uns selbst gut organisieren. Wir dürfen nicht warten bis zum nächsten Ausverkauf, sondern müssen die Zeit nutzen: jetzt, wo sich gezeigt hat, wer kämpfen will und wer nicht.

**Martin Schneider**

# Verabschiedung des Tarifeinheitsgesetzes und Tarifabschluss zwischen Bahn und GDL

Am 22 Mai 2015 wurde das für die deutsche Gewerkschaftsbewegung buchstäblich einschneidende „sogenannte "Tarifeinheitsgesetz" im Bundestag verabschiedet, trotz mannigfaltiger sowohl politischer als auch fachlicher Ablehnung und breitem Widerstand. Rechtskräftig wurde es am 17. Juli 2015. Die davon am stärksten betroffenen Berufs- und Spartengewerkschaften verkündeten direkt danach, so schnell wie möglich beim Bundesverfassungsgericht (BVG) Klage gegen das Gesetz zu erheben

Cockpit und Marburger Bund haben nicht nur Klage beim BVG erhoben, sondern gleichzeitig eine Anordnung beantragt, wegen des Eingriffs in das Grundrecht auf Koalitionsfreiheit das Gesetz nicht zur Anwendung kommen zu lassen. Letzteres würde bei einer positiven Entscheidung die Aussetzung des Gesetzes bis zum endgültigen Spruch des BVGs bedeuten. Sogar der „Wissenschaftliche Dienst des Bundestages“ hatte beklagt, dass das Gesetz tendenziell nicht verfassungskonform sei.

## Tarifeinheitsgesetz und Ergebnis Schlichtungsverhandlungen zwischen Bahn und GDL!

In etwa zur gleichen Zeit (dritte Woche vom Mai) trat die Bahn mit der GDL in Schlichtungsverhandlungen ein. Die GDL hatte ihre massiven Streiks (9) in den vergangenen knapp 1½ Jahren u. a. damit begründet, dass sie ihr verfassungsmäßiges Grundrecht auf Koalitionsfreiheit (und damit das Recht streiken zu können) mit der Parole „Grundrechte sind nicht verhandelbar“ unterstrichen hat.

Jetzt, nach den für die GDL erfolgreichen Schlichtungsverhandlungen (6 Wochen!), wurde der GDL per Tarifvertrag zugesichert, dass das neue Tarifeinheitsgesetz auf die Bahn zumindest bis 2020 nicht angewendet wird. Dies ist natürlich ein großer Erfolg für die GDL und die beste Bestätigung für ihren Kurs, mit beherzten Streiks einen so grundlegenden Angriff auf ihre Rechte abwehren zu können. Darüber hinaus, wurde der GDL das Recht zugestanden, auch andere Berufsgruppen als die der LokführerInnen im Bahn-Konzern tarifrechtlich vertreten zu können.

Dieser Erfolg straft alle DGB-Gewerkschaften, die dem Tarifeinheitsgesetz zugestimmt hatten, Lügen. Ihre beispiellose Hetze gegen die streikenden GDL-KollegInnen, der Kotau vor Regierung und Kapital bei dessen Angriff auf das Streikrecht. Aber auch die drei DGB Gewerkschaften (ver.di, NGG und GEW), die das Tarifeinheitsgesetz abgelehnt hatten, aber nicht bereit waren zu Aktionen gegen das Gesetz aufzurufen, muss der alte Spruch in Erinnerung gerufen werden "Wer kämpft kann verlieren – wer nicht kämpft, hat schon verloren."

Ein größerer Wermutstropfen der Schlichtung Bahn-GDL ist es, dass die GDL sich bereit erklärte, dass in Zukunft jeweils vor einem Streik eine Schlichtungsrunde vorgeschaltet werden soll, um einen Streik noch abwenden zu können. **Dennoch ist das Schlichtungsergebnis ein großer Sieg der kleinen GDL gegen das Ansinnen, das Streikrecht einzuzugrenzen.**



## Gemischte Bilanz.....

Wir haben es also mit einer gemischten Bilanz im Kampf gegen das Tarifeinheitsgesetz bzw. gegen den Angriff auf das Koalitionsrecht zu tun: Erstens: Der Widerstand war nicht stark genug, um die Verabschiedung des Gesetzes zu verhindern, aber (durch die Streiks der GDL) war er stark genug, um das gerade verabschiedete Gesetz für die GDL für 5 Jahre **nicht** verbindlich zu machen. Damit ist gerade die

Gewerkschaft, die eine der Zielscheiben für die ursprüngliche Initiative von DGB und BDA zu einem Tarifeinheitsgesetz war, von der Anwendung des nun verabschiedeten Gesetzes ausgenommen, also die Kraft, die ganz oben auf der Liste von Regierung und Kapital der „kleinzukriegenden“ Spartengewerkschaften gestanden hat.

Zweitens: Der Streit im DGB um das Tarifeinheitsgesetz hat zu einer tiefen Spaltung im DGB geführt. Zwar muss davon ausgegangen werden, dass der generelle Kurs aller DGB-Gewerkschaften, mehr oder weniger Standortpolitik zu betreiben, nicht infrage gestellt wird. Aber als DGB-Gewerkschaften dazu beizutragen, ein für die Gewerkschaftsbewegung bestehendes Grundrecht (Koalitions- und Streikrecht) zu schleifen, zeigt, wie weit ein Großteil der bundesrepublikanischen Gewerkschaftsbewegung im Rahmen des "Standort Deutschlanddenkens" zu gehen bereit ist.

Selbst wenn das Gesetz vom BVG noch gekippt werden sollte, muss es allen aufrechten GewerkschaftsaktivistInnen eine Warnung sein, dass von den meisten Gewerkschaftsvorständen im DGB eine Änderung der Anpassungspolitik der letzten 20 Jahren hin zu einer "widerständigeren", kämpferischen Tarif- und Gewerkschaftspolitik, nicht zu erwarten ist.

Das Gesetz ist eine historische Niederlage der deutschen Gewerkschaftsbewegung nach dem zweiten Weltkrieg, die vielen Gewerkschaftsmitglieder noch nicht bewusst ist.

**Dies gibt Anlass, verstärkt die Aufgabe anzugehen, endlich in den DGB-Gewerkschaften eine sichtbare Alternative zu dieser Anpassungspolitik zu organisieren und die bestehenden Kräfte der gewerkschaftlichen Linken zu stärken. Der Kampf gegen das Tarifeinheitsgesetz ist noch nicht vorbei!**

Der Ausgang der Klage gegen das Gesetz beim BVG hängt nicht zuletzt davon ab, ob es "außerhalb" des Gerichtsverfahrens, sozusagen in der öffentliche Meinungsbildung, dazu eine Bewegung gibt, die sich zum Ziel setzt, das Verfahren gegen das Tarifeinheitsgesetz, "moralisch" zu unterstützen.

**Rechtsfragen sind Machtfragen.** Bekanntlich macht es durchaus etwas aus, ob bei Arbeitsgerichtsverfahren, wenig Zuschauer oder viele da sind bzw. ob „Öffentlichkeit“ zugunsten der Arbeiterschaft geschaffen wird oder nicht. Übertragen auf das Verfahren zum Tarifeinheitsgesetz vor dem BVG heißt dies, dass eine Öffentlichkeit gegen das Gesetz und für seine Abschaffung aufgebaut werden muss!

**Die "erste Runde" gegen das Tarifeinheitsgesetz wurde zwar verloren, aber die zweite Runde steht noch vor uns.**

In welchen Zeitrahmen wir unsere Aktivitäten stellen müssen, ist noch zu klären. Klar ist aber, dass wir nicht mehr sehr lange warten dürfen, um Aktivitäten zu planen.

Passiert nichts, folgt daraus, dass das BVG nicht unter dem Druck einer demokratischen Öffentlichkeit in Sachen Streikrecht steht, und eher dazu neigen könnte, dem Gesetz teilweise – oder gar ganz – seinen Segen zu geben! Und – wie das Amen in der Kirche – würde der nächste Angriff auf das Koalitions- und Streikrecht auf dem Fuße folgen! In der Schublade steckt er schon! (CSU-Entwurf: Regulierung des Streikrechtes in der öffentliche Daseinsvorsorge")

**Christiaan Boissevain, Münchner Gewerkschaftslinker**

## Am 10. Oktober in Berlin gegen TTIP, CETA, ...

Gemeinsam mit vielen anderen Organisationen ruft auch die Gewerkschaftslinken für den 10. Oktober 2015 zur Großdemonstration gegen TTIP in Berlin auf. Zum TrägerInnenkreis der Demonstration gehören der DGB, entwicklungspolitische Organisationen, Wohlfahrtsverbände sowie alle großen Natur- und Umweltverbände. Die Organisationen sehen durch TTIP Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gefährdet und fordern einen Stopp der Verhandlungen.

### Umweltschutz, Verbraucherschutz und Bürgerrechte in Gefahr

Die geplanten Investitionsschutz-Schiedsgerichte würde es internationalen Konzernen ermöglichen, das jeweilige Landesrecht zu unterlaufen. Schon bei der Gesetzgebung würde deshalb eine Reihe von Schutzrechten weiter ausgehöhlt bzw. ganz abgeschafft. Es droht also eine Harmonisierung von Regeln, Vorschriften und Schutzrechten nach unten.

### Abwärtsspirale für Arbeitsstandards

Mit der vorgesehenen „Angleichung“ von „Nichttarifären Handelshemmnissen“ würde mit TTIP auch die Handlungsfreiheit von Gewerkschaften drastisch eingeschränkt. Die USA sind zwar Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), lehnen es aber ab, 6 der 8 zentralen Arbeitsstandards und Abkommen zu unterzeichnen – darunter das ILO-Abkommen zur Koalitionsfreiheit und Tariffreiheit. Auch Arbeitsschutzstandards stehen dann massiv zur Disposition.

Mit der Angst um ausbleibende Investitionen droht letztlich die Übernahme der berüchtigten US-Anti-Gewerkschafts-Gesetzgebung. Sie wird dort «Recht auf Arbeit» genannt. Das «Right-to-work»-Gesetz in den Südstaaten der USA ist faktisch ein Gesetz zur Verhinderung von Gewerkschaften.

### Klasseninteressen

Es handelt sich also bei diesen Verhandlungen nur sehr nachgeordnet um unterschiedliche Interessen zwischen USA und EU. Gewinner sollen die Konzerne sein, die mit Hilfe eines solchen Abkommens auf Kosten von Verbrauchern und abhängig Beschäftigten ihre Gewinne steigern wollen. Deshalb werden auch wir uns an der Demonstration beteiligen und rufen zur massiven Beteiligung auf.

Den Aufrufertext sowie weitere Infos gibt es unter: <http://ttip-demo.de/home/>

*Jakob Schäfer, Forum gewerkschaftliche Gegenmacht, Wiesbaden*

## Kongress zu Streikrecht und Union-Busting

Vorläufig hat sich zwar die GDL in Sachen Streikrecht gegenüber der Bahn durchgesetzt. Aber die Herrschenden lassen nicht locker. Schon gibt es erneut und verstärkt Vorstöße zur Einschränkung des Streikrechts vor allem im Bereich der (weit gefassten) Daseinsvorsorge.

Es ist dies nicht nur die Initiative der CSU („Für ein modernes Streikrecht“) vom 26. Januar, die in weiten Teilen der Gesetzesinitiative der Carl-Friedrich-von-Weizsäcker-Stiftung folgt.

<http://www.cfww.org/stiftung/projektbereich-zukunft-der-arbeit/arbeitskampf/gesetzentwurf>

Das Eckpunkte-Papier von CDU/CSU-Fraktionsvize Michael Fuchs geht in die gleiche Richtung. All diese Vorhaben sind Teil der europaweiten Agenda 2020. Wohin das führen soll, haben wir nicht nur in Griechenland gesehen.

Parallel dazu erleben wir in vielen Betrieben eine verschärfte Gangart gegenüber Betriebsräten und gegenüber gewerkschaftlicher Organisation. Die Nichtanerkennung von verdi bei Amazon ist nur eines von vielen Beispielen.

Die Gewerkschaftsbewegung auch in Deutschland muss sich auf verschärfte Angriffe einstellen. Es droht eine folgenschwere Verschiebung der Kräfteverhältnisse.

Aus diesem Grund wollen wir am **7./8. November auf einem Kongress in Kassel im Bürgerhaus Harleshausen** beraten, wo wir heute stehen und wie wir am besten den weiteren Angriffen begegnen können:

Wir laden jetzt schon zu diesem Kongress ein und bitten alle Interessierten, sich diesen Termin freizuhalten. **Nähere Details (TOP, Zeitplan...)** werden in Kürze unter [labournet.de](http://labournet.de) zu finden sein.

### Der Vorbereitungskreis\*

\*Am Vorbereitungskreis sind bisher beteiligt: Aktion Arbeitsunrecht e.V.; express (Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit), Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken (IVG), labournet.de, Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di, ver.di Linke NRW, tie-Germany, AG Betrieb und Gewerkschaft der Linkspartei. Andere sind angefragt.

Wer sich als Organisation (gewerkschaftliche Gruppierung) an der Vorbereitung beteiligen möchte, wende sich bitte an das Sekretariat der Gewerkschaftslinken (IVG) ([forum@gegewi.de](mailto:forum@gegewi.de))

## Union-Busting in Deutschland Die Bekämpfung von Betriebsräten und Gewerkschaften als professionelle Dienstleistung

**Broschüre** von Werner Rügemer und Elmar Wigand

In den USA ist das systematische und professionell geplante Vorgehen gegen gewerkschaftliche Interessenvertretungen ein etabliertes Geschäftsfeld. Auch in Deutschland gibt es Anzeichen, dass sich Fälle aggressiven Verhaltens gegen Betriebsräte mehren. In Fallstudien wird untersucht, wie die Arbeit von Betriebsräten behindert wird und Betriebsratswahlen versucht werden zu verhindern.

<https://www.otto-brenner-stiftung.de/otto-brenner-stiftung/aktuelles/union-busting-in-deutschland.html>

### Die Story im Ersten:

#### Mobbing, Sabotage, Kündigung

**WDR-Dokumentation:** 20.07.2015 | 42:46 Min.  
Verfügbar bis 20.07.2016 | Quelle: Das Erste  
Mobbing, Sabotage und Kündigung von 3 Betriebsräten werden in der Dokumentation stellvertretend für viele erzählt. Die Politik hat das mit zu verantworten. Denn flexiblere Arbeitsverhältnisse erschweren die betriebliche Mitbestimmung. Solange sich diese Missstände nicht ändern, werden Unternehmen auch in Zukunft gegen Betriebsräte vorgehen.

*Ein Film von Frank Gutermuth und Wolfgang Schoen*

### Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Christa

Hourani – Christiaan Boissevain

**E-Mail:** [forum@gegewi.de](mailto:forum@gegewi.de)

**Redaktionsschluss:** 31. Juli 2015